

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ute Koczy, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anerkennung der Organisation „Humana People to People Deutschland e. V.“ als Entsendeorganisation im Rahmen des weltwärts-Programms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das Programm „weltwärts“ ist der entwicklungspolitische Freiwilligendienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren können im Rahmen des weltwärts-Programms einen Freiwilligendienst in entwicklungswichtigen Projekten in Entwicklungsländern leisten. Entsendeorganisationen können alle gemeinwohlorientierten Hilfsorganisationen mit Sitz in Deutschland sein, die vom BMZ anerkannt wurden. Die Entsendeorganisationen wählen Freiwillige aus, betreuen sie im Rahmen ihres Auslandsaufenthaltes und gewährleisten ein umfassendes Begleitprogramm. Kriterien für die Anerkennung als Entsendeorganisation im Rahmen des weltwärts-Programms durch das BMZ sind neben einer anerkannten Gemeinwohlorientierung und Sitz in Deutschland, die Kapazität, die in der weltwärts-Richtlinie festgelegten Qualitätsstandards personell und organisatorisch zu erfüllen. Eine angemessene Einarbeitung, Beschäftigung und Betreuung der Freiwilligen muss gewährleistet sein und es dürfen keine Erwerbsarbeitsplätze durch Freiwillige ersetzt werden.

„Humana People to People“ ist ein international operierendes Netzwerk, das durch den Dänen Amdi Petersen im dänischen Tvind gegründet wurde. Humana gilt als Teil des kontrovers diskutierten Tvind-Netzwerkes. Die internationale Organisation von „Humana People to People“ hat ihren Hauptsitz in Genf. Die deutsche Sektion „Humana People to People Deutschland e. V.“ hat ihren Sitz in Köln. Humana finanziert sich überwiegend aus dem Verkauf von Altkleidern und die Entsendung von Freiwilligen in Entwicklungsländer. In den 1990ern wurden Unregelmäßigkeiten in der Verwendung von Spendengeldern und Einnahmen durch gesammelte Altkleider bekannt. Dem Vorstand von Humana wurde vorgeworfen öffentliche Mittel und Spendengelder in Millionenhöhe veruntreut zu haben. Ländern wie Norwegen und Dänemark haben Humana in der Folge die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, dass „Humana People to People Deutschland e. V.“ sich zurzeit darum bemüht, als Entsendeorganisation im Rahmen des weltwärts-Programms anerkannt zu werden?

Wenn ja, wie ist die Haltung der Bundesregierung zu diesem Antrag, und in welchem Stadium befindet sich der Prozess der Prüfung/Anerkennung?

2. Wurden bisher Organisationen vom BMZ abgelehnt, die sich um eine Anerkennung im Rahmen des weltwärts-Programms bemüht haben?

Wenn ja, welche waren es, und warum wurden sie abgelehnt?

3. Sind der Bundesregierung die Bedenken gegen die Arbeitsmethoden und Strukturen von „Humana People to People“ bekannt?

Welche konkreten Bedenken sind der Bundesregierung bekannt?

4. In welchen Punkten der „Richtlinie zur Umsetzung des developmentpolitischen Freiwilligendienstes weltwärts“ des BMZ hat die Bundesregierung Bedenken gegenüber einer Anerkennung Humanas als Entsendeorganisation?

5. Ist der Bundesregierung bekannt, dass UNICEF seit 1991 eine Zusammenarbeit mit Humana ablehnt?

Hat die Bundesregierung sich bei UNICEF für die Gründe der Ablehnung erkundigt?

Wenn ja, welche waren dies?

6. Trifft es zu, dass Amdi Petersen, der Gründer von „Humana People to People“, sich dem Zugriff der dänischen Behörden seit mehreren Jahren entzieht?

Hat die Bundesregierung Informationen darüber, welche Funktion er bei Humana heute inne hat?

7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Freiwillige in der Vor- und Nachbereitung für die Hilfsprojekte unentgeltlich in den Humana-Läden arbeiten?

Entspricht diese Arbeit nach Einschätzung der Bundesregierung den Qualitätskriterien des weltwärts-Programms?

8. Sind der Bundesregierung die Vorwürfe bekannt, dass die finanziellen Eigenleistungen der Freiwilligen für die Hilfsprojekte die Kostendeckung übersteigen und Humana auf diese Weise Gewinne an den Eigenleistungen macht?

Wie schätzt die Bundesregierung diese Vorwürfe ein?

9. Sind der Bundesregierung die Vorwürfe bekannt, wonach die Arbeit der Freiwilligen vor Ort unkoordiniert und teilweise gefährlich ist, Projekte teilweise nicht existieren und Betreuende vor Ort über unzureichende Kompetenz verfügen?

Wie schätzt die Bundesregierung diese Vorwürfe ein?

10. Verfügt die Bundesregierung über genaue Informationen darüber, welcher Art die Projekte von Humana in Entwicklungsländern sind, um wie viele es sich insgesamt handelt, und in welchen Ländern sie durchgeführt werden?

Wenn ja, um was für Projekte handelt es sich dabei (bitte nach Art und Ländern auflisten)?

11. Verfügt die Bundesregierung über genaue Informationen darüber, wie viele Freiwillige Humana jedes Jahr entsendet, und wie sich diese Zahl über die letzten zehn Jahre entwickelt hat?

Wenn ja, um welche Zahlen handelt es sich?

12. Ist der Bundesregierung die Höhe, Zusammensetzung und Verwendung der Mittel bekannt, die Humana durch Spendengelder, den Verkauf von Altkleidern und die Entsendung von Freiwilligen einnimmt?

Wenn ja, wie setzen sich diese zusammen?

13. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die wirtschaftliche Einbindung von Humana in das weltweit arbeitende Tvind-Netzwerk?

14. Wie schätzt die Bundesregierung die Vorwürfe gegen Humana ein, ein gewinnorientiertes Unternehmen zu sein?

15. Wie schätzt die Bundesregierung Vorwürfe gegen Humana ein, die Humana als so genannte Sekte bezeichnen?

16. Hat die Bundesregierung im Rahmen der Bearbeitung des Antrags von Humana auf Aufnahme in das weltwärts-Programm Informationen über Humana bei Expertinnen und Experten eingeholt, die sich mit so genannten Sekten und Psychogruppen beschäftigen?

Wenn ja, wie bewerten diese Humana?

Berlin, den 11. Dezember 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

